

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt" und "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M., für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druck des Verlags für Deutschland, Belgien, Polen und Litauen sowie die übrigen deutschen Gebiete, Warschau, das Saar- und Memelgebiet sowie die übrigen deutschen Gebiete, Warschau und Kurland 20.— M., für das übrige Ausland 23.— M.

Die gewöhnlichen Konkreteile ober dem Raum kostet 2.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anfertigung. Große Anzeigen: Das eingedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Kabinett Briand zurückgetreten

Poincaré mit der Kabinettsbildung betraut

Paris, 12. Januar.

Briand ist heute morgen um 9 Uhr aus Cannes hier eingetroffen.

Nachdem Briand in der Kammer seine Erklärung abgegeben hatte, in der er seine Haltung in Cannes rechtfertigte, begab er sich ins Elysée, um die Demission des Ministeriums mitzuteilen.

Das Ministerium Briand ist um 4 1/2 Uhr zurückgetreten.

Der Präsident der Republik, Millerand, hat die Demission des Kabinetts angenommen.

Um 8 Uhr wurde Poincaré zu Millerand bezogen und mit der Kabinettsbildung beauftragt. Seine Kabinettsliste ist bereits fertiggestellt. Man nimmt an, daß Poincaré das Außen- und Finanzministerium übernehmen wird.

Der plötzliche Rücktritt des Kabinetts Briand bedeutet eine außerordentliche Verschärfung der gesamten internationalen Situation und zugleich eine starke Gefährdung jener Pläne zur Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens Europas, die mit der Konferenz von Cannes verknüpft sind. Der Ernst der Lage wird noch dadurch besonders unterstrichen, daß der Hauptgegner Briands, Poincaré, mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut worden ist. Das bedeutet, falls das Kabinett Poincaré zustande kommt, daß an die Stelle einer Richtung der französischen Regierungspolitik, die einer Versöhnung mit Deutschland zugänglich war, jene Richtung tritt, die gestützt auf die extremsten Kreise des französischen Nationalismus und Militarismus Deutschland gegenüber unnachgiebig bleiben will.

Es ist von besonderem Interesse, daß neben dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten und der republikanischen Kammergruppe es vor allem das „Comité der Eisenhütten“, die Vertretung der französischen Schwerindustrie gewesen ist, das von Briand in Cannes forderte, seine Milderung der französischen Ansprüche in der Reparationsfrage zuzulassen. Die französischen Schwerindustriellen stellten sich auch diesmal an die Spitze der Opposition gegen Briand, weil sie von einer Umgestaltung der deutschen Zahlungsbedingungen, und namentlich von einer Erhöhung des Preises der von Deutschland an Frankreich zu liefernden Kohlen eine starke Beeinträchtigung ihres Profits befürchteten. Diese ihnen drohende Gefahr steht ihnen höher, als die Gefahr einer europäischen Krise, ja selbst als die drohende Gefahr einer politischen Isolierung Frankreichs von seinem stärksten Verbündeten, England.

Diese Isolierung ist jetzt durch den Sturz Briands und den voraussetzlichen Regierungsantritt Poincarés in greifbare Nähe gerückt. Mindestens ist zu erwarten, daß die in den letzten Monaten zwischen Frankreich und England hervorgerufenen Differenzen, die durch die versöhnliche Politik Briands aus der Welt geschafft werden sollten, eine weitere Verschärfung erfahren.

Man muß sich den Umfang der französisch-englischen Differenzen vergegenwärtigen, um die ganze Tragweite der jetzt ausgebrochenen Krise zu erfassen. Es wäre falsch, lediglich die Formen der deutschen Zahlungsbedingungen, die in Cannes einer Revision unterzogen werden, als Ursache der Krise zu betrachten. Es handelt sich hier vielmehr um zwei verschiedene Linien der europäischen Politik, die einerseits von England, andererseits von den nationalistischen Kreisen Frankreichs vertreten werden.

Anmittelbar vor der Konferenz in Cannes schrieb der „Daily Chronicle“, den Lloyd George oft als Sprachrohr benutzte, daß aus der gegenwärtigen Konferenz etwas Besseres hervorgehen müsse, wenn die Entente nicht ernstlichen Schaden erleiden solle. Die Ereignisse in Washington hätten den Engländern die Klust vor Augen geführt, die zwischen dem französischen Militarismus und den Idealen der englisch sprechenden Welt bestehe. Großbritannien trete für ein friedliches Europa, für Versöhnung, Abrüstung und wirtschaftlichen Wiederaufbau unter Teilnahme aller Nationen ein. England könne die Sicherheit der französischen Grenzen nicht garantieren, wenn Frankreich seine aggressive Politik in ganz Europa und im nahen Osten fortsetze. Diese Äußerungen bildeten den Auftakt zur Konferenz in Cannes, zu der sich Lloyd George mit der bestimmten Absicht begab, einen neuen Kurs in der Reparationspolitik durchzusetzen und eine Basis für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu finden.

Gewiß sind es nicht idealistische Motive gewesen, die Lloyd George als Repräsentant des englischen Weltreichs zu dieser Politik veranlaßt haben. Die ungeheure Wirtschaftskrise, die in Verbindung mit den verhängnisvollen Folgen der Reparationspolitik in Großbritannien um sich gegriffen hat, zwingen den englischen Premierminister, mit aller Energie auf

eine Revision der vorjährigen Beschlüsse in London und auf eine andere Einstellung der gesamten europäischen Politik zu dringen. Nicht die „Ideale der englisch sprechenden Welt“ sind es, die Lloyd George zu seinen neuen Forderungen geführt haben, sondern die nüchternen Erwägungen, daß das Wirtschaftsleben Englands auf das stärkste gefährdet wird, wenn die Entente bei ihrer bisherigen Politik in Mittel- und Osteuropa beharrt. In seiner gestern von uns wiedergegebenen Denkschrift hat Lloyd George mit außerordentlicher Klarheit auf die Zusammenhänge hingewiesen. Er hat aber zugleich auch auf die katastrophalen Folgen einer Politik hingewiesen, die zum Zusammenbruch Deutschlands und zur völligen Verelendung des von aller Welt im Stich gelassenen Rußlands führen müsse. Wenn die europäischen Völker, erklärte er, ohnmächtig seien, gegen einen derartigen Zustand anzukämpfen, werde er rasch zur sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe führen.

Dieses Bekenntnis des englischen Premierministers deckt die Hauptbegründe der in Cannes propagierten Wiederaufbaupolitik auf. England befürchtet mit Recht, daß der jetzige Zustand in Mittel- und Osteuropa zu einer neuen Weltkatastrophe führen könne, die die Grundlagen des bestehenden Gesellschaftssystems erschüttern und große soziale Umwälzungen heraufbeschwören würde. Deshalb verlangt die englische Regierung von Frankreich, daß es sowohl in der Reparationsfrage wie in seiner Stellung zu Deutschland und Rußland eine andere Haltung einnehmen soll. Als Entgelt dafür ist sie bereit, ein Defensivbündnis mit Frankreich abzuschließen, das seine Sicherheit gegenüber etwaigen deutschen Revanchep länen garantieren soll. Eng damit verknüpft sind auch Abmachungen in der Frage der Abrüstung und der U-Roote, wie auch die Beilegung der englisch-französischen Differenzen in den vorderasiatischen Fragen. Alle diese Fragen stehen auf der Konferenz in Cannes zur Erörterung. Ihre Erledigung im Sinne Lloyd Georges, der Briand nicht unfeindlich gegenüber stand, hätte die gesamte europäische Politik auf einen anderen sicheren Boden gestellt und, in Verbindung mit der geplanten Wirtschaftskonferenz in Genua einen Ausblick eröffnet in eine neue Periode der internationalen Politik, die nicht mehr von nationalistischen Instinkten, sondern von wirtschaftlicher Einsicht und politischem Verantwortlichkeitsgefühl geleitet würde.

Diese Hoffnungen und Ausichten sind durch die nun ausgebrochene französische Regierungskrise außerordentlich in Frage gestellt. Wird das Kabinett Poincaré zur Wirklichkeit, so ist kaum zu erwarten, daß die Konferenz in Cannes irgendwelche positiven Ergebnisse zeitigen wird.

Das bedeutet freilich nicht, daß jener Gegensatz, der zwischen der Politik Englands und der der nationalistischen Kreise Frankreichs liegt, dadurch aus der Welt geschafft wird. Es ist vielmehr zu erwarten, daß die von Lloyd George inaugurierte Politik sich nicht nur auf internationalem Boden durchsetzt, sondern auch die innere Politik Frankreichs in stärkstem Maße beeinflusst. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß hinter der Politik Poincarés bloß die reaktionärsten und konservativsten Elemente der bestehenden Klassen Frankreichs stehen. Die große Masse der arbeitenden Bevölkerung jedoch und eine gewisse Anzahl demokratischer Elemente erkennt in steigendem Maße die Gefahr, die ihr von der Politik des „nationalen Blods“ droht. Die Äußerungen der demokratischen und sozialistischen Blätter Frankreichs zeigen, daß sie in schärfstem Gegensatz zur Politik Poincarés stehen und in der Politik Lloyd Georges den Anker zur wirtschaftlichen Vernunft und politischen Gesundung Europas sehen.

Es ist zu hoffen, daß die französische Demokratie, angesichts der ungeheuren Krise, die der gesamten internationalen Politik droht, die nötige Energie findet, um den Rückfall in eine neue Periode nationalistischer Politik schleunigst zu korrigieren und die Bahn frei zu machen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas.

Die Vorgeschichte der Krise

Paris, 12. Januar.

Der „Matin“ glaubt zu wissen, der Präsident der Republik habe an den Ministerpräsidenten nach Cannes ein Telegramm gerichtet, das mit folgenden Worten begonnen habe: „Nicht ohne Bedauern und Besorgnis...“ usw.“ Darin habe er die Befürchtung ausgesprochen, die jeder das Recht habe zu empfinden, wenn Frankreich sich auf einer internationalen Konferenz Deutschland gegenüber sehen solle.

Dann sei der Ministerrat vom Dienstag zusammengetreten und nach einer sehr bewegten Beratung hätten die Minister einstimmig sich über folgende Punkte geeinigt: 1. Die

Minister teilen vollkommen die Auffassung und die Befürchtungen des Präsidenten der Republik, was die Konferenz von Genua anbetriift; 2. die Minister sind der Ansicht, daß, wenn trotz der Ansicht der Reparationskommission die Nachuntersuchung in Paris ergeben habe, Deutschland könne im Jahre 1922 mindestens 1100 Millionen Mark bezahlen, ein Moratorium Deutschland bewilligt werden solle, dies nur geschehen könne nach befriedigenden Garantien, nach Errichtung einer Kontrolle und nach gegebenen Pfändern. Auf keinen Fall dürfe die belgische Priorität angetastet werden. Drittens erinnerten die Minister daran, daß sie eine eventuelle französisch-englische Allianz einmütig so aufgelöst hätten, daß sie auf absolut gleichem Fuße und auf Erleichterung der Garantien angesehen werden müsse, die der Friedensvertrag festsetze. Der Vertrag dürfe nicht der Vorbote anderer Pakte sein, zu denen Deutschland zugelassen werden solle und auf dem Fuße der Gleichheit Bedingungen diskutieren könne, die es in Versailles unterzeichnet habe. Das sei Briand nach Cannes sofort berichtet worden.

Der Rücktritt des Kabinetts Briand

CC. Paris, 12. Januar.

Die heutige Kammer Sitzung wurde mit einer Ansprache des neu gewählten Präsidenten Raoul Beret eröffnet. Er dankte für die Wiederwahl und führte aus, daß im Laufe der Jahre der Gedanke der Gerechtigkeit schweren Angriffen ausgesetzt war. Man habe sogar die Absichten Frankreichs entstellt, indem man es als kriegerische Nation verdächtige, die, von Stolz erfüllt, nach Macht strebe. Das könne Frankreich nicht ruhig hinnehmen. Es gebe kein Land in der Welt, das so sehr den Frieden wünsche wie Frankreich. Seit seinem Siege habe Frankreich große Opfer gebracht, so daß niemand das von ihm gegebene Wort in Zweifel ziehen könne. Heute noch sei der deutsche Militarismus und Imperialismus nicht tot, und Frankreichs Lebensinteressen müssen gewahrt bleiben. Wie Frankreich in dunklen Tagen ruhig geblieben sei und einen Beweis seiner Mäßigung gegeben habe und seiner moralischen Haltung, so bleibe es auch jetzt ruhig. Es erwarte nur gerechte Entschädigung und wünsche, daß man ihm volle Sicherheit gewährleiste. Die Regierungen sowie die Vertreter der Nationen müßten überall die Stimme des siegreichen Frankreichs laut vernehmen lassen. Sie müßten erklären, daß Frankreich nur den Frieden wünsche, einen Frieden jedoch, der ihm Entschädigungen, Sicherheit, Unabhängigkeit und Ehre bringen müsse. Hierauf bestieg Briand die Rednertribüne.

Briands Rede vor der Kammer

CC. Paris, 12. Januar.

Briand führte in seiner Rede vor der Kammer aus, daß er die Unruhe zerstreuen wolle, die im Lande wegen der Konferenz von Cannes herrsche. Diese Unruhe sei durch tendenziöse und lügenhafte Informationen hervorgerufen worden. Der Ministerpräsident kommt auf die Tagesordnung der Konferenz zu sprechen, die es sich zur Hauptaufgabe gemacht habe, den Weltfrieden auf eine sichere Grundlage zu stellen. Dieser Weltfrieden könne nur durch die internationale Solidarität gerettet werden. Das Reparationsproblem werde durch die Wirtschaftskonferenz von Genua keineswegs behandelt werden. Kein Angriff auf den Versailles Vertrag werde erfolgen und Frankreich werde alle Sicherheiten behalten, die ihm zuständen. Auch von den Kommissaren habe man ernsthafte Garantien erhalten. Die Konferenz von Genua dürfe daher keineswegs abgehalten werden, ohne daß Frankreich auf ihr vertreten sei.

Briand legt sodann das Programm dieser Wirtschaftskonferenz dar, die ausschließlich wirtschaftlichen und finanziellen Charakter haben werde. Er verweist darauf, daß alle Länder, die nach Genua berufen worden sind, weitgehend Sicherheiten zugestehen müßten, daß sie die Grenzen ihrer Nachbarn anerkennen und nicht verletzen wollten. Derartige Sicherheiten dürften von niemanden gering geachtet werden. Das zweite Problem mit dem man sich in Cannes beschäftigen habe, sei das der Reparationen.

Als Briand nunmehr die Tätigkeit der Reparationskommission schildert, erregt seine Erklärung, daß innerhalb der Reparationskommission für die Gewährung eines Moratoriums an Deutschland eine Mehrheit bestehe, große Erregung auf zahlreichen Bänken. Zahlreiche Zwischenrufe werden laut: Was machen Sie mit dem Abkommen von London? Briand beschränkt sich darauf, zu wiederholen: Im Schoße der Reparationskommission ist eine Majorität für das Moratorium und der Abänderung der Deutschland auferlegten Zahlungsbestimmungen vorhanden. Die französische Regierung hat sich diesem Moratorium widersetzt und Sicherheiten gefordert. Unsere Delegierten und Sachverständigen in Cannes haben fruchtbar Arbeit geleistet. Frankreich wird keinen Centimes von dem, was ihm zusteht, verlieren. Es wird alles erhalten. England hat in der Reparationsfrage große Opfer gebracht. Es hat auch zugestimmt, daß das Wiesbadener Abkommen in Wirksamkeit gesetzt werde,

obgleich es ursprünglich nicht gewillt war, dies Abkommen zu ratifizieren. Briand führte weiter aus:

Frankreich hat große Vorteile zu erwarten, wenn die Konferenz von Cannes zu einem gedeihlichen Abschluß kommt. Wird diese aber abgebrochen, dann verliert Frankreich alle ihm zugesicherten Vorteile. Briand erinnert dann an seine Unterhaltungen mit Lloyd George und Whitcomb, wie das englisch-französische Abkommen zur Sprache kam. England habe keinerlei Bedingungen gestellt, die Frankreichs Sicherheit berühren könnten. Derartige Bedingungen hätte er, Briand, auch niemals angenommen haben. Es sei selbstverständlich, daß zwischen beiden Ländern gewisse Fragen in freundschaftlicher Weise geregelt werden müßten. Die Bedeutung dieses Abkommens liege in der Hauptsache darin, daß England sich verpflichtet habe, in dem Augenblick, in dem die Sicherheit Frankreichs bedroht sei, diesem zur Seite zu stehen. Briand komme dann zum Schluß seiner Ausführungen und erklärt, daß er nicht die notwendige Autorität besitze, die Besprechungen von Cannes fortzusetzen. Unter allgemeiner Erregung des Hauses verläßt Briand, gefolgt von allen Ministern, den Saal. Auf der Treppe erhebt sich für einen Augenblick ein lautes Getöse. Die Sitzung wird unterbrochen.

Sitzung des französischen Senats

CC. Paris, 12. Januar.

Der Senat trat um 2 1/2 Uhr zu einer Sitzung zusammen und vollzog die Wahl seines Präsidenten. Léon Bourgeois wurde wiedergewählt.

Rathenau vor dem Obersten Rat

CC. Cannes, 12. Januar.

Der Oberste Rat in Cannes ist heute vormittag um 11.30 unter dem Vorsitz von Lloyd George zusammengesessen. Zunächst berichtete der Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Dubois, über die gestrige Begegnung mit den deutschen Vertretern. Er erklärte, daß an Deutschland verschiedene Fragen hinsichtlich der kommenden Verfalltermine gerichtet worden seien, daß die deutschen Vertreter aber nur ausweichend geantwortet hätten. Alsdann wurde um 12 Uhr die deutsche Abordnung in die Sitzungssaal geführt. Lloyd George sprach einige Worte über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas und die Anordnung in den deutschen Finanzen. Dann forderte er Dr. Rathenau auf, die Lage Deutschlands zu schildern und Vorschläge zu machen. Dr. Rathenau hat, seine Ausführungen in französischer Sprache machen zu dürfen. Er selbst überließ sich für sich in die englische Sprache. Rathenau erklärte, daß Deutschland am 15. Januar 75 Millionen und am 15. Februar 93 Millionen in Gold zahlen könne. Finanziell könne Deutschland diese Zahlungen bewirken, wirtschaftlich könne dies jedoch nicht ohne Gefahr für Deutschland geschehen. Er gab die Versicherung, daß die Reichsregierung bereit sei, die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen. Der diesjährige Staatshaushalt belaufe sich auf 82 Milliarden, ausschließlich der Reparationen. Die Reichsregierung sei bereit, die Steuern des Jahres 1921 und 1922 zu verdoppeln, ferner das Defizit bei Post und Eisenbahn zu beseitigen und künftig zur Verbilligung des Brotes keine Zuschüsse mehr zu leisten. Alle diese Anstrengungen zur Verringerung des Staatshaushaltes würden jedoch unter der Unbeständigkeit der deutschen Währung leiden. Hier riefen Lloyd George und Loucheur wie aus einem Munde: Das ist ein circulus vitiosus! Rathenau sprach bis 1 Uhr 10 Minuten. Alsdann wurde die Sitzung auf 3 1/2 Uhr vertagt. Am Nachmittag wird Rathenau seine Ausführungen beenden.

Das Echo des Rücktritts in Cannes

Paris, 12. Januar.

Der Sonderberichterstatter des „Agence Havas“ meldet aus Cannes: Minister Loucheur hat die Demission des Kabinetts im Laufe der Sitzung des Obersten Rates gegen 4 Uhr erlassen. Er erklärte dem Chef der alliierten Delegationen, er befinde sich in der Notwendigkeit, Cannes heute abend zu verlassen. Trotz des Besuchs von Lloyd George beharrte Loucheur dabei, abzureisen. Der Oberste Rat hat die Mitglieder der Reparationskommission angegliedert, um nach der Abreise Loucheurs die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern fortsetzen zu können. Erst nach der Bildung des neuen französischen Kabinetts könne die Rede von einer Einberufung eines neuen Obersten Rates sein. Ein Teil der französischen Delegation verläßt heute abend mit Minister Loucheur Cannes. Der Rest wird morgen abend abreisen. Lloyd George verläßt Cannes am Sonntag.

Cannes, 12. Januar.

Deutscherseits wird offiziell gemeldet: In der heutigen Nachmittagsitzung des Obersten Rates beendete Dr. Rathenau

seine Ausführungen, in denen er besonders die von der Reichsregierung ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Beseitigung der finanziellen Schwierigkeiten darlegte. Während der Sitzung ging aus Paris die Nachricht vom Rücktritt Briands ein, worauf Loucheur den Obersten Rat verließ. Nach Beendigung der Ausführungen Dr. Rathenaus erklärte der Vorsitzende Lloyd George, daß angesichts des Fehlens einer Alliierten Regierung die Beschlüsse und Verhandlungsfähigkeit des Obersten Rates zweifelhaft sei. Die Frage müßte erst in einer internen Beratung geklärt werden. Die Sitzung wurde darauf gegen 5 Uhr vertagt.

Androhung von Zwangsmaßnahmen

CC. Cannes, 12. Januar.

Den deutschen Delegierten wurde bereits mitgeteilt, daß die ersten Zwangsmaßnahmen für den Fall, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, in der Aufhebung des zu bewilligenden Moratoriums bestehen würden. Eine weitere Strafmaßnahme würde darin bestehen, daß der Oberste Rat die Fortdauer des Zinsendienstes für die deutschen Renten verbieten würde.

Rußland und die europäische Wirtschaftskonferenz

St. Moskau, 9. Januar.

In seiner Beratung über die Einladung zur europäischen Wirtschaftskonferenz beschloß der Rat der Volkskommissare, diese Einladung in jedem Fall grundsätzlich anzunehmen, da sie die erste Gelegenheit für Rußland bedeute, wieder als europäische Macht aufzutreten. Die Zusammensetzung der Delegation und die Aufstellung von Richtlinien für diese sind verschoben worden, bis man Genaueres über die zu beratenden Fragen erfahren hat. Von dem Programm der Konferenz wird es hauptsächlich abhängen, ob Lenin persönlich in Begleitung der Kommissare für auswärtige Angelegenheiten und für Finanzen an der Konferenz teilnehmen wird oder ob er als Regierungsoberhaupt in Rußland zurückbleibt.

Gegen seine Entsendung aus Moskau hat sich vor allem das Bedenken geltend gemacht, daß man die Sowjetrepublik nicht auf einige Wochen von den einflussreichsten Persönlichkeiten entblößen könne. Es wurde die Möglichkeit erwägt, daß während der Konferenz Unruhen ausbrechen oder sogar oppositionelle Strömungen im Zentralkomitee entstehen könnten, ohne daß Lenin mit seinem großen persönlichen Einfluß beschwichtigend einwirken könnte. Solche Vorgänge, die bewiesen würden, daß die Stellung der Sowjetregierung doch noch nicht absolut fest ist, würden nach Meinung maßgebender Regierungsmänner den Wert etwaiger Verpflichtungen Rußlands gegenüber den Mächten abschwächen und nur ungünstig auf die Garantieforderungen einwirken.

Von anderer Seite ist geltend gemacht worden, daß Lenins Autorität in der kommunistischen Partei und im Zentralkomitee leiden müßte, wenn das Programm der europäischen Konferenz ihm nicht gestattet würde, von vornherein als Vertreter einer Großmacht aufzutreten, und man, bei allzu großen Zugeständnissen an das Ausland, zwar irgendeinen Volkskommissar vorübergehend fallen lassen könnte, keinesfalls aber Lenin, dessen Persönlichkeit allein die Fortführung einer konsequenten Konsolidierungspolitik garantiere. In jedem Fall will man versuchen, der zu entsendenden Delegation ein möglichst sicheres Aufstehen durch schnelle Beilegung aller inneren Schwierigkeiten zu ermöglichen.

Das Postgeheimnis

Berlin, 12. Januar.

M. T. S. meldet: In letzter Zeit sind in der Tagespresse Mitteilungen veröffentlicht worden, wonach der Versuch gemacht wird, mit Hilfe des Personals der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung den Post-, Telegramm- und Fernsprecherbestimmter Personen und Behörden zu politischen Zwecken zu überwachen. Nach den Presseberichten soll diese widerrechtliche Überwachung bereits größeren Umfang angenommen haben; es sollen auch bereits Postsendungen vorübergehend oder dauernd dem Postverkehr zu diesem Zweck entzogen worden sein. Die Mitteilungen waren der Postverwaltung schon vor ihrer Veröffentlichung in der Presse bekannt. Die alsbald eingeleitete Untersuchung hat nichts ergeben, was darauf schließen läßt, daß das Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis nicht mehr gesichert sei. Die Verwaltung hat jedoch ungesäumt besondere Vorkehrungen getroffen, um die Wahrung

des Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses sicherzustellen. Ein Grund zur Besorgnis liegt für das Publikum nicht vor.

Bei der obersten Postbehörde sitzen doch intelligente Leute! Sie haben vor den Mitteilungen in der Presse gewußt, daß das Postgeheimnis teilweise nicht mehr gewahrt wird. Sie haben Untersuchungen eingeleitet und festgestellt, daß nichts geschehen ist, was darauf schließen läßt, daß das Postgeheimnis nicht mehr gewahrt wird, und trotzdem „ungesäumt besondere Vorkehrungen getroffen“, um die Wahrung des Postgeheimnisses sicherzustellen.

Mit Verlaß: Wenn das Postgeheimnis nicht verletzt worden ist; aus welchen Gründen waren dann die „besonderen Vorkehrungen“ notwendig, die zur Wahrung des Postgeheimnisses „ungesäumt“ getroffen worden sind.

Der Zusammentritt des Reichstages

Der Reichstagspräsident hat die nächste Sitzung des Reichstages auf Donnerstag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt. Die Einberufung des Reichstages zum 19. Januar ist unter der Voraussetzung geschehen, daß der Verlauf der internationalen Verhandlungen eine frühere Einberufung nicht erforderlich macht. Der auswärtige Ausschuß des Reichstages ist von dem Vorsitzenden, Abg. Dr. Stresemann auf Mittwoch, den 18. Januar, einberufen worden.

Paul Levi und die U.S.P.

Der „Vorwärts“ berichtet aus Leipzig, daß für Donnerstag nachmittag auf dem Parteitag das Eintreffen einer Delegation der kommunistischen Arbeitergemeinschaft unter Führung Paul Levis angemeldet gewesen sei, die mit dem Vorstand der U. S. P. über den Eintritt in die Partei verhandeln wollte. Wie wir dazu erfahren, dürfte diese Mitteilung den Tatsachen entsprechen. Durch die Krankheit eines Mitgliedes der beabsichtigten Delegation ist jedoch die Verhandlung vorläufig illusorisch geworden.

Kapp — du hast es besser!

Wir haben vor einigen Tagen mitgeteilt, daß Kapps Rittergut in Ostpreußen von seinem Sohn verwaltert werde und stattdessen Zuschüsse erhalte. Außerdem beziehe die Frau Kapps die staatliche Pension ihres Mannes weiter. Dazu teilt nun der preussische Pressedienst mit:

„Die Behauptung, daß der Sohn Kapps staatlichen Zuschuß erhalte, ist unrichtig. Der gerichtliche bestellte Pfleger hat mit ihm einen Pachtvertrag abgeschlossen, der jedoch erst in Wirklichkeit treten kann, wenn die zuständigen Behörden, namentlich das Vormundschaftsgericht, die Genehmigung erteilt haben. Inzwischen ist Kapp junior vom Pfleger als vorläufiger Verwalter eingesetzt worden und erhält hierfür als Entschädigung, außer den Naturalien für den Haushalt 5000 M. in bar. Wenn in diesem Zusammenhang auf die großen Ueberschüsse des Gutes Pöthen hingewiesen wird, so entspricht das nicht den Tatsachen; das Gut war im Gegenteil recht verwaistlos.“

Die Dienst- bzw. Ruhegehaltsbezüge Kapps als Generallandschaftsdirektor sind während des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens gesperrt. Der mittellose Frau des Herrn Kapp wird von der Landschaft eine freiwillige Unterstützung gezahlt, deren Höhe amtlich nicht bekannt ist. Die Regierung kann trotz ihrem Ausschichtrecht eine solche Unterstützung nicht verhindern, da die Landschaft ein selbständiger Verwaltungskörper ist.“

Darüber, ob das Vermögen Kapps beschlagnahmt worden ist oder nicht, erfahren wir also wiederum nichts. Aber gerade auf diesen Punkt kommt es uns an, denn die Beschlagnahmung der Vermögen der Kappisten wurde feinerzelt mit großem Tamtam angekündigt, sie ist aber bis heute noch nicht in einem Falle durchgeführt. Schweineglück! Kapp und die Kappisten haben es in jedem Falle besser, als die Arbeiter, die mit den Strafgefahren in Berührung kommen.

Weg mit dem Munder! Minister Severing hat angeordnet, daß aus allen Diensträumen seines Ressorts, soweit noch nicht gelassen, die Hohenzollernbilder entfernt werden müssen. Die höheren Beamten sind für die Durchführung dieser Maßnahmen verantwortlich.

Rücktritt des Kabinetts Maura. Der spanische Ministerpräsident Maura hat gestern nach einer stürmischen Kabinettsitzung die Demission des Gesamtkabinetts eingereicht, die vom König auch angenommen wurde.

„Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme!“

Zur Kundendemonstration der Leipziger Arbeiter am Mittwoch abend.

Von Hans Blod

Dieses Gemaltige lebt, aber das Gemaltigste unter der Sonne ist der Mensch! sagt uraltgriechische Weisheit. Und noch gewaltiger, so darf der Mensch der 20. Jahrhunderts hinzuzugan, ist es, wenn der Mensch sich zusammenschließt zu dichtgedrängter, zu festgelegter Schar, zu Jehntausenden, die ein mächtiger Wille, ein großes Ziel, ein alles verdrängendes, alles durchdringendes Gefühl erfüllt. Unvergleichlich wird allen Teilnehmern der aufstrebende, der erhebende, der zu tiefst erschütternde Eindruck dieser gewaltigen Kundgebung der Leipziger Arbeiterschaft sein.

Es hat größere Massenaufgehote des Proletariats gegeben. Ich habe in den Tagen des preussischen Wahlrechtskampfes den Riesenaufmarsch der Berliner Proletariat im Park zu Treptow miterlebt und von hoher Tribüne aus überblickt. Ich habe die Demonstrationen der Weltfrieden auf dem Leipziger Meßplatz, ich habe die Revolutionsumzüge und Massenkundgebungen in Berlin und Leipzig miterlebt und miterlebt. Ich war noch jungst begeistert Zeuge der imposanten Revolutionsfeier der Leipziger Arbeiterschaft auf dem Augustusplatz und der ihr ebenbürtig an die Seite tretenden Protokundgebung gegen den politischen Nord, wider die heimtückische blutbestäubte Gegenrevolution der Bourgeoisie nach Erzbergers Umschulung. Und doch, hier, am Mittwoch, in den nächsten vier Wänden der weitgestreckten Textil-Meßhalle, da hat mich das Herz höher geschlagen als jemals zuvor, da habe ich tiefer als bei allen früheren großen Tagen des Proletariats die gewaltige Bedeutung des Augenblicks und das hohe Glück, Mitglied einer für das Beste kämpfenden Schar zu sein, da habe ich unmittelbarer als je den Pulsschlag der Masse gefühlt.

Als ich am 9. November die Herrschaft der Gewalt in Berlin zusammenbrechen sah, als zum erstenmal die roten Fahnen über erregten, freigeordneten Menschenmassen flatterten, als der brausende Sturm gewaltiger Menschenmengen die Sprecher der Revolution vor dem Reichstag umbrandete, als in der Wandelhalle des Ballonbaus mein alter Freund Alwin Gerlich, den bittere Kriegsjahre und schwerer Bruderwitz weit von mir getrennt hatten, mit Tränen in den Augen auf mich zustürzte und mir unter

trampfendem Händedruck und mit stammelnden Worten sagte, daß nun alles Trennende, alles Bittere vergessen und versunken sei, daß nun alles gut sei, da wir dies Große zusammen noch erleben durften, — Hoffnungen, die zu schön waren, als daß sie damals schon hätten Wirklichkeit werden können —, da lag bei aller tief aufstrebenden Freude über dem befreienden Aufstehen, über allem brausenden Jubel doch der schwere Alp der tiefen Sorge um das Schicksal eines verzweifelten, hungernden Volkes, das wir von den Wölfen des Entente-Imperialismus bedroht wußten.

Am Mittwoch war der Eindruck rein und ungeteilt. Und wenn bei jenen früheren Kundgebungen, die ich ausgeführt habe, noch größere Massen auf den Plan traten, so waren hier in der Halle des Handels Moments, die das mehr als aufwogen. Das waren der Umstand, daß die werdende Internationale des revolutionären Proletariats von der Tribüne zu den Massen sprach in der Person ihrer besten Führer aus den bedeutendsten Ländern der Arbeiterbewegung. Und das war der andere, daß in diesem weitgestreckten Raum die gegenüber der Jehntausendköpfigen Menge immer relativ schwache Stimme des Menschen alle Teilnehmer erreichte. Es ist der selber nicht aufzuhebende Mangel der großen Kundgebungen unter freiem Himmel, daß dieser Kontakt von Redner zur Masse nur unvollkommen hergestellt ist, daß selbst bei der besten Organisation für einen großen Teil der Demonstranten das Wort des Redners ungehört verhallt, daß er sich damit begnügen muß, dabei zu sein in dem Bewußtsein des Zieles mit dem Willen, durch sein Mitdabeisein die große Masse zu bilden, die den politischen Willen des Proletariats zum imposanten Ausdruck bringt. Hier in der Halle war beides vereinigt: das Massenaufgehote und die innige Verbindung zwischen den Sprechern und der Masse.

Und es war ein gewaltiger reiner Zusammenklang, den die Reden der Sprecher bildeten. Sie alle waren getragen von dem gemaltigen, begeisterten Eindruck der Menge. In ihnen allen glühte das innere Feuer auf, das den wahren Redner macht, daß die Worte dem Herzen einströmen und zu den Herzen der Hörer dringen läßt. Und wie ihre Worte zu den Versammelten gingen, so antwortete ihnen der Donner des Beifalls, der wie ein Orkan die Halle durchbrauste. So antwortete ihnen das Grollen und der Jehntausendköpfige Schrei der Empörung wenn sie die Anschläge der Bourgeoisie gegen das Proletariat schilderten oder leider den grausamen Terror der russischen Sowjetregierung, der russischen Volkswirtschaft wider die Sozialdemokraten und Sozialistenrevolutionäre dieses unglücklichen Landes brandmarken mußten. Und so antwortete ihnen aus tiefstem Herzen kommende, jubelnde Zustimmung, so antwortete ihnen ein Sturmesbrausen brüderlichen Verbundenheits, wenn sie die Grüße und die heißen Wünsche

ihrer Parteien, ihrer Arbeitermassen übermittelten. Und so antwortete ihrem Schwall von gemeinsamen Kampf mit den deutschen Proletariaten die donnernde Bekräftigung des gleichen Willens in den Versammelten. Es waren Augenblicke und Einbrüche, die unvergänglich bleiben, Einbrüche von einer Gewalt, daß Genosse Grumbach wohl allen aus dem Herzen gesprochen hat, als er sagte, daß man sie in Worten nicht zu schildern vermöge.

Wie ein elementares Ereignis ist diese Kundgebung über die Seelen dahingebraut. Wie ein Stahlabbad habe ich empfunden, daraus Kraft fließt für Jahrzehnte. Wie ein köstliches Geschenk, das entschädigt für manche Jahre der Düsternis und der Bitternis, das hinweggefegt hat gehäuften Wut und Staub, den der schwere Kampf des Tages immer wieder auf die Seele fallen läßt. Es war ein Erlebnis, wie es so groß und tief nur die Liebe und der Kampf mit brausenden Naturgewalten noch beherrschen kann. Ein Gefühl hat mich durchschauert in jenen Stunden, wie ich es nur noch empfunden habe auf den Hochjahren meines Lebens. Ein Gefühl gleich dem, wie es in mir aufsprang, wenn ich nach stundenlangem mühseligen Aufstieg endlich die Spitze des Berges erreicht hatte und das Auge in die Weite schweifen lassen konnte, in mir das frohe Bewußtsein, daß meine Kräfte mich zum Ziel getragen hatten. Oder wie jenes, wenn ich auf schlanken Brettern den steilen Abhang in laufender Fahrt durch den stiebenden Schnee heruntergeglitten und in höherem Schwunge unten gelandet war, durchbebt von dem Eindruck der gewaltigen herrlichen Winterpracht und gehoben von dem Bewußtsein, daß die Glieder noch geschmeidig und das Auge noch scharf ist, um die Gefahren des Abhangs zu meistern. Wer es gefühlt hat, wird es nachempfinden können.

Der Sozialismus ist keine Gefühlssache, wenigstens nicht in seinem Kern. Er ist gegründet auf scharfe wissenschaftliche Erkenntnis der Wirklichkeit und wir ziehen unsere feste Stegessicherheit aus sicheren Faktoren, aus aus denen nur zu vielen Einbrüchen unterliegendem Gefühl der Menschen. Die Ökonomie, die harten wirtschaftlichen Tatsachen sind die Pioniere der Entwicklung zu unserem Ziel. Aber wir harten Bekannte und Propagandisten des historischen Materialismus, der uns zeigt, daß der Wille und die Einsicht der Menschen nicht unabhängig in ihren Köpfen existieren, sondern daß sie streng bedingt sind von ihrer Umwelt, in der die ökonomischen Tatsachen die am schwerwiegendsten, die zuletzt alles Menschenschicksal bestimmenden sind, wir haben deshalb unsere Gefühle so gut wie alle anderen Menschen, wir dürfen uns ihrer freuen und in ihre Schmerzen uns einfühlen und wir wissen auch, daß das Gefühl nur zu oft der erste Vordenker unserer Taten bei den Menschen sein muß. Und wir wissen die hohe reinigende Wirkung großer Gefühle, stiftender Erhebung, wie sie solche gemeinsame Kundgebung gebiert, wohl als

Die Schlußsitzung des Leipziger Parteitag

Neue Waffen geschmiedet

Auch am letzten Tag hat der Parteitag fruchtbar Arbeit geleistet. Das Organisationsstatut wurde nach den Vorschlägen der Kommission angenommen, nachdem in einer kurzen Debatte, die insbesondere von Berlin gestellten Änderungsanträge Ablehnung gefunden hatten. Der eine der Anträge, der die Befreiung von Funktionen in der Partei abhängig machen will von dem Austritt aus der Kirchengemeinschaft fand außerhalb der Berlin-Brandenburger Delegation überhaupt nur Ablehnung. Da das Organisationsstatut auf dem Grundsatze der Einheitlichkeit für das ganze Reich besteht, sind damit, wie der Vorsitzende unter der Zustimmung des Parteitag ausführt, alle entgegenstehenden lokalen Beschlüsse ohne weiteres ungültig. Das neue Organisationsstatut bringt aber neben der lang ersehnten Einheitlichkeit auch die Beweglichkeit und Schlagfertigkeit unserer Organisation, die für die kommenden Kämpfe dringend erforderlich ist.

Auch das Kommunalprogramm hat der Parteitag mit einigen Änderungen angenommen und damit auch für diesen wichtigen Teil unserer Arbeit neue Waffen geliefert, deren Schlagkraft sich bald erweisen wird.

Die Wahl der Parteileitung ergab die unveränderte Annahme der ganzen Vorschlagsliste, so daß die Partei künftig drei Vorsitzende haben wird. Hoffen wir, daß der Wunsch des Parteitag, daß diese Verstärkung der Parteileitung auch eine Erleichterung ihrer schwierigen Aufgabe und eine Stärkung der Partei nach innen darstellen wird, in Erfüllung gehen wird.

Mit einer anfeuernden Rede schloß Genosse Dittmann die Verhandlungen des Parteitag, deren Würdigung wir uns bis zur nächsten Morgenausgabe vorbehalten müssen.

Sierte Verhandlungstag

Leipzig, 12. Januar.

Die Verhandlungen werden mit der Diskussion über das Organisationsstatut fortgesetzt.

Brand (Berlin) begründet den Antrag 81, der verlangt, daß nur solche Mitglieder mit parlamentarischen Mandaten betraut werden, die keiner Kirchengemeinschaft angehören.

Ludwig: Wir verlangen von Staats, daß er die Religion zur Privatsache erkläre. Wie können wir von den Mitgliedern etwas anderes verlangen? Es kann ja nicht geprüft werden, ob sich jemand auch innerlich von der Kirche freigemacht hat. Mit einem schriftlichen Nachweis des Kirchenaustritts ist doch nichts bewiesen. Es gibt auf dem Lande viele, die zwar keiner Kirchengemeinschaft, aber religiösen Sekten angehören, die dann ohne weiteres aufgestellt werden könnten. (Zuruf Lebendow: Auch Gesundheits! Es wäre schließlich Konsequenz des Berliner Antrages, zu verlangen, daß auch die Mitglieder von Wahlkreisen von der Berliner Organisation verlangt Schein beibringen müssen. (Beifall.) Ich bitte den Parteitag, die Berliner Anträge rundweg abzulehnen. (Beifall.)

Haus (Düsseldorf) wendet sich gegen Ausnahmestimmungen von der Beschränkung der dreijährigen Mitgliedschaft für Kandidaten des Parlaments usw. Der Redner kritisiert noch Einzelheiten des Entwurfs.

Stenjen (Essen) hält den Berliner Antrag für außerordentlich bedenklich und für grundsätzlich falsch. Viele Christen glauben, daß ihre Ideen nur durch den Sozialismus verwirklicht werden können. Bei uns in Essen ist eine

Karl religiös-sozialistische Bewegung

vorhanden. Auch viele Quäker kommen zu einer stark sozialistischen Einstellung. Der wirklich religiöse Mensch muß Freund einer weltlichen Schule sein. Das Thema Sozialismus und Religion ist noch nicht genügend geklärt.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Vipinski im Schlußwort: Erklärung der Religion zur Privatsache ist vielfach fälschlich in Religion ist Privatsache umgestellt worden. Die Mitgliedschaft zur Partei darf nicht von einem Glaubensbekenntnis abhängig gemacht werden. Die Berliner Auffassung leidet an einem inneren Widerspruch. In seinen weiteren Ausführungen geht der Redner auf die in der Diskussion an dem Statut geübten Kritik ein.

Mit großer Mehrheit wird dann der Entwurf des Organisationsstatuts angenommen. Der Antrag Ludwig, der die Bezirke auffordert, die Mitgliedsbeiträge auf 2 M. für männliche und 1 M. für weibliche Mitglieder festzusetzen, wird ebenfalls angenommen. — Alle von dem neuen geltenden Statut abweichenden lokalen Beschlüsse sind damit, wie der Vorsitzende Dittmann ausdrücklich feststellt, für ungültig erklärt.

Soldmann gibt Bericht der Beschwerdekommision und stellt den Antrag, die von Gustav Richter (Weißfels) gegen seinen Ausschluß erhobene Beschwerde abzulehnen. Eine weitere Ausschlußbeschwerde soll dem Bezirk Berlin-Brandenburg zur Entscheidung

Motor unserer Sache zu schämen. Wir wissen, daß man daneben sein muß, um Großes zu vollbringen. Wenn wir auch nie begreifen, daß Begeisterung allein noch nicht zum Aufbau neuer Ordnung befähigt. Und deshalb darf es noch einmal lauten, daß dieses Erlebnis wie ein Jungbrunnen auf mich gewirkt hat, daß ich den oft lang unter Geßtrüpp und Trümmern verborgenen Quell wieder in mir aufspringen fühlte, der mir tauchte in meinen Jugendtagen, in jenen wilden Jahren, da mir in durchwachten Nächten über den Büchern unserer Altväter die Herrlichkeit des Sozialismus anging, daß mich jedes Glied wieder durchdrückte, wie damals, als ich Eltern und Geschwister und sichere Versorgung hinter mir lassend, brechend mit all den alten, ideohant so sehr gewurzelten Traditionen altbremischer Kaufmannschaft, meinen Nachen hinaussetzte unter lautem Aufschreien über die innere Befreiung auf das wogende Meer der großen proletarischen Bewegung.

Als der Sturmgesang der Internationale die Halle erbeben ließ, als der dritte der französischen Sprecher, der Genosse Grumbach, unter einem Jubelsturm geendet hatte, wie ihn wohl nur wenige Menschen jemals erlebt haben werden, als die Hüte flohen und das donnernde Hoch auf die Internationale durch den Raum klang, da muß einer schon kein Hirn und kein Herz haben, wenn er nicht in keinem Inneren erschüttert worden ist.

Wir wollen die Flamme hüten, die in diesen Stunden in uns entzündet worden ist. Wir wollen die Kraft, die sie in uns ans Licht gezogen haben, nützen in ersterer Jahre Arbeit für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Allen Freunden und Genossen eine Verbeugung, allen unseren Feinden ein drohendes Kometenfell soll diese denkwürdige Versammlung in der Halle der Textilmesse zu Leipzig sein und bleiben.

Am späten Abend hörte ich im festlich geschmückten Saale des Palmengartens, wo die Berliner Delegation und einige engere Freunde dem großen Kämpen Zubeil, dem jungen 74jährigen eine fröhliche und bezügliche Feier bereitet hatten, den Künstler Wilhelm Ernst den Heinechen Hymnus in markiger Weise sprechen: „Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme!“ Kein schöneres Wort hätte ich für diese Zeiten als Titel legen können. Schwert und Flamme, Waffe und Leuchte soll das Proletariat, das seines Fieles, seiner historischen Mission bewußte sich selbst sein. In seiner Brust ruhen keine Schicksals-Sterne. Ich bin, das Schwert, ich bin die Flamme, das sei der Wahlspruch der kämpfenden Arbeiterklasse. In Verbindung mit dem jauchenden Kernspruch, der den Geist des neu erstandenen Leipziger Volkshauses kühlt, dem eine Welt der Reaktion überwindenden, jubelnden: „Troj ahead!“

dung überwiegen werden. Mit einer dritten, in letzter Stunde eingelaufenen Beschwerde, konnte sich die Beschwerdekommision nicht befassen. Es wird vorgeschlagen, über diese Beschwerde zur Tagesordnung überzugehen. Den Anträgen wird entsprochen.

Alsdann gibt Genosse Dr. Herz (Spandau) den

Bericht der Kommunalprogramm-Kommission.

Redner erklärt, daß der vorliegende Entwurf eines Kommunalprogramms nicht den im Kommunaldienst tätigen Genossen ein Führer, sondern nur Ziel- und Wegweisend in der grundsätzlichen Kommunalpolitik sein will. Für die in den Gemeinden tätigen Genossen selbst müßte das Programm durch ein Handbuch erweitert werden. Alsdann gibt der Redner einen historischen Rückblick auf das Gemeinwesen. Er verlangt die Umorganisation der Gemeindeverwaltung von unten auf. Ein solcher Versuch war bei allen Revolutionen bisher unternommen worden, ohne daß dieser zu Ergebnissen geführt hätte. Immer wieder ist ein Rückschlag eingetreten, welcher die reaktionäre Bureaucratie wieder emporhob. Die preussische Bureaucratie hat auch verstanden, die Steinischen Reformpläne zu verhandeln. Die Gemeinde muß viel mehr als bisher

Träger der sozialistischen Ideen werden.

Unser Kommunalprogramm stellt also zwei hauptfachliche Forderungen:

die Demokratisierung der Verwaltung und die tätige Umwandlung der Wirtschaftsordnung in eine gemeinwirtschaftliche.

Proletarier Berlins!

Am Sonntag, den 15. Januar, vormittags 11 Uhr, findet eine

Große internationale Kundgebung

Ratt.

Redner sind: Paul Faure, Pierre Renardel, Sasha Grumbach aus Frankreich, Robert Grimm aus der Schweiz, Friedrich Adler-Deisterreich, Oswald Hildebrandt-Tschekow, Abramowitsch-Rußland.

Wo die Kundgebung stattfindet, wird noch bekanntgegeben werden.

Genossen und Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch!

Genosse Herz begründet dann in tiefdurchdringender Weise die einzelnen Punkte des vorgelegten Kommunalprogramms. Das Referat des Genossen Herz-Spandau wird mit großem Beifall aufgenommen, worauf in die Mittagspause eingetreten wird.

Um 3 Uhr nahm der Parteitag seine Arbeit wieder auf. Die

Wahlen zur Parteileitung

ergaben folgendes Resultat: Es sind gewählt als Vorsitzende: Crispian mit 181 Stimmen, Dittmann erhielt 164, Lebendow 124 Stimmen. Kassierer: Ludwig 183. Sekretäre: Zieg 181, Künstler 167. Beisitzer: Brühl 181, Hülserding 155, Krille 182, Moses 182, Kemig 184, Rosenfeld 144, Wurm 168. Parteirat: Berten, Düsseldorf 183, Dilmann-Suttgart 174, Donalies-Königsberg 184, Heule-Bremen 180, Krauf-Gera 184, Menke-Dresden 180, Peters-Halle 182, Toni Sender 173, Frih Seger-Leipzig 182, Simon-Nürnberg 182. Kontrollkommission: Agnes-Düsseldorf 183, Bod-Gotha 184, Fuchs-Magdeburg 182, Gäh-Kiel 183, Karsten-Weine 184, Schwarz-Mannheim 183, Wengels-Berlin 184.

Zum Kommunalprogramm spricht hierauf Genosse Seger-Leipzig. Er verlangt u. a., daß die Bestimmung „Wahl des Bürgermeisters durch das Volk“ gestrichelt werde und wünscht ferner, daß die Auslieferung häßlicher Betriebe an Privatunternehmen oder gemischte Gemischtverwaltung im Programm verboten wird.

Vipinski: Eine Reihe von Bestimmungen im Kommunalprogramm sind nur unter der Voraussetzung einer reichsgerichtlichen Regelung möglich, so die Immunität der Ratmitglieder. Werden die „mohletwordenen Rechte“ so ausgelagt, daß ihnen auch das Befehlrecht nicht genommen werden darf?

Herz-Spandau: Das Programm richtet sich in erster Linie an die geistig-beruflichen Körperschaften. Vieles von dem im Programm geforderten ist bereits in verschiedenen Ländern verwirklicht worden. Er bitte um Annahme des Entwurfs.

Motke-Leipzig begründet zwei Anträge zur Alkoholfrage und schildert, welches Verbrechen am Volke es sei, wichtige Nahrungsmittel zu alkoholischen Genussmitteln zu verarbeiten.

Lore Agnes unterbreitet im Auftrag der Frauenkonferenz einen auf dieser einstimmig angenommenen Antrag, welcher sich ebenfalls gegen den Alkoholgenuß wendet. Wir haben vor allem dafür zu sorgen, daß unsere Jugend vor dem Alkohol gewarnt wird, und haben mit aller Kraft die schlimmste Volksübel zu bekämpfen. Der Alkohol ist der gefährlichste Feind des proletarischen Befreiungskampfes. Wir müssen den Arbeitern zurufen: Loh ab vom Alkohol und kämpft mit uns gemeinsam den großen Kampf für die Befreiung der Arbeiter. (Beifall.)

Der Antrag und die Entschließung werden einstimmig angenommen.

Ein Berliner Antrag, der eine Aussprache über die Gewerkschaftsfrage will, wird mit Rücksicht auf die Geschäftslage zurückgezogen.

Ein Antrag Stettin fordert, daß die im Heimatdienst beschäftigten Genossen zur Überlegung ihrer Remter gezwungen werden. Hierzu ist ein Zusatzantrag gestellt, der die Zentrale ermächtigt, auf Beschlüsse von Bezirken hin von diesem Zwang abzusehen. Ein Redner wendet sich gegen diesen Zusatzantrag, der in der Abstimmung gegen wenige Stimmen abgelehnt wird. Der Stettiner Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Reißner-Dresden begründet folgenden Antrag: Die Pflege und Entwicklung der Gemeinschaftsidee auf allen Kulturgebieten ist eine notwendige Vorbedingung für die Erreichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. 2. Die Konsumgenossenschaften sind die wichtigsten genossenschaftlichen Betätigungsbereiche des Proletariats. Deshalb fordern wir unsere Genossen und Genossinnen auf, die Mitgliedschaft in den Konsumgenossenschaften zu erwerben und in diesen Organisationen mit Kräfte mitzuarbeiten. 3. Unsere Vertreter in den öffentlichen Körperkassen sollen sich bemühen, die gesamte Konsumgenossenschaftliche Bewegung zu fördern. 4. Wir betrachten die Konsumgenossenschaft als einen Teil der gesamten sozialistischen Bewegung und erstreben eine doppelte und praktische Gemeinsamkeit des Wirkens von Genossenschaften, Gewerkschaften und Partei.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Frau Danzig spricht zu einem von ihm vorgelegten Antrag, der folgenden Wortlaut hat: „Der Parteitag brandmarkt die Versuche der

Reaktion in Polen.

mit Hilfe brutaler Gewalt den Achtstundentag und die Koalitionsfreiheit für die Arbeiter in Polen zu vernichten. Der Parteitag erhebt energischen Protest gegen das geplante Ausnahmegesetz, das unter dem Deckmantel einer Schutzmaßnahme gegen „Anarchisten“ in Wirklichkeit einen Ausrottungsangriff gegen alle revolutionären Sozialisten in Polen bedeutet. Der Parteitag sendet drüberliche Grüße an alle verfolgten Genossinnen und Genossen in Polen, die mutig gegen die Reaktion und für den Sozialismus kämpfen.“

— Man gibt einzelne Fälle grausamer Arbeiterverfolgungen bekannt, die durch die Polnische Sozialdemokratische Partei, welche eine Staatspartei ist, unterstützt werden. Insbesondere müßte der Parteitag Protest erheben gegen das in Polen geplante Ausnahmegesetz.

Der Antrag findet einstimmige Annahme.

Das Schlußwort

Sodann hält der Genosse Dittmann das Schlußwort. Der Parteitag ist am Ende mit seiner Arbeit. Als wir am Sonntagabend hier zusammentraten, wurde der Wunsch geäußert, möglichst bis zum heutigen Abend mit den Arbeiten fertig zu werden, aber selbst die erfahrensten Parteiprofilier schüttelten darüber den Kopf. Das schien ihnen unmöglich zu sein. Und nun sind wir doch fertig geworden, und zwar ist in den vier Tagen ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet worden. Das war nur möglich, weil die U.S.P. eine Partei mit einheitlicher Grundanschauung ist. Wir haben uns auf dem Parteitag diesmal nicht tagelang in völlig unfruchtbaren Debatten auseinandersetzen brauchen mit Vertretern einer der Grundfragen und dem ganzen Wesen unserer Partei fremden Anschauungen, wie wir es seit der Revolution auf allen vorherigen Parteitagen leider zu tun gezwungen waren. Einig in den Grundanschauungen erstellten wir sehr leicht Befriedigung über Meinungsverhältnisse in Einzelheiten (Beifall.) Auf allen Seiten des Parteitag war erster Wille vorhanden zu parteiendlicher Wirksamkeit und zu brüderlicher Zusammenarbeit. (Beifall.) Damit hat der Parteitag den Organisationen draußen im Lande ein erhebendes und zur Nachahmung anfeuerndes Beispiel

gegeben. Er gleicht darin unserem Gründungsparteitag, der Ostern 1917 in Gotha abgehalten wurde. Und so wie von Gotha die Parteigenossen hinaus gingen in die Reihen der Parteigenossen, so wird auch dieser Parteitag eine frohe Zuversicht im ganzen Lande auslösen. Mit Fleiß, mit Ernst und Gründlichkeit haben die Delegierten der Partei ihre Aufgaben erfüllt. (Beifall.) Über ich glaube aussprechen zu müssen: Wenn der ganze Verlauf unseres Parteitag ein harmonischer, würdiger und erfreulicher gewesen ist, dann danken wir das zum guten Teil unseren Parteigenossen in Leipzig und seinem herrlichen, wie eine Festburg dastehendem Volkshaus. (Großer Beifall und Handklopfen.) Ihnen sprechen wir unseren herzlichsten Dank für die Förderung unserer Arbeit aus. Kein Delegierter geht in die Heimat ohne die erhabenen Eindrücke dieses Leipziger Parteitag. Die geistige Höhe und die Sachlichkeit in den Debatten haben selbst den härtesten Gegnern achtungsvolle Anerkennung abgerufen. Das zeigen die Preiskommentare. In unserer Partei müssen diese Verhandlungen zu einer reichen Quelle der Anregung und der Organisierung werden, müssen

zum Ausgangspunkt einer Begeisterung werden

und einer mit allem Elan ins Werk gesetzten großartigen Propaganda für unsere Ziele und unsere nächsten Kampfziele. Ung allen hat der offene Bericht über die Konsolidierung der Parteien mit Freude und Stolz erfüllt. Unsere Vereinbarungen mit unserer Jugend, unsere Frauenkonferenz, unsere Bildungs-konferenz und der Nachhall dieser Nebenveranstaltungen auf dem Parteitage, das haben wir im Lande auswirken zu lassen, und das wird unsere Bewegung stark beleben und befruchten.

Unsere Parteierfaltung hat ein neues Gefüge bekommen und ist den Volkverhältnissen angepaßt worden. Unsere Gemeinde-pioniere haben einen klaren Wegweiser durch den Irrgarten der Nachkriegs-Kommunal-Politik erhalten. Für die schwierige Agrarfrage und für die Schaffung eines allgemeinen Parteiprogramms sind verheißungsvolle Vorarbeiten geleistet worden. Die Partei hat alle Ursache, sich dieser geleisteten Arbeit zu freuen. Ich wage es auszusprechen: Schon wenn ich in diesen Arbeiten die Aufgaben des Parteitag erschöpft hätte, müßten wir ihnen das Zeugnis eines Musterparteitages ausstellen. Aber die Tagung war weit mehr: was ich eben vor den geistigen Augen habe erleben lassen, war nicht der Hauptinhalt unserer Tagung. Unser Parteitag war eine große Tribüne der politischen Definitivität, eine

Tribüne der proletarischen Internationale!

Der Parteitag hat klar und scharf Stellung genommen zu dem wichtigsten innerpolitischen Problem und zu den Fragen der Weltpolitik. Er hat keine Stimme erhoben gegen die bauliche Reaktion und gegen die deutsche Schandjustiz gegenüber revolutionären Proletariats, gegen die Benützung der Kronenpolizei durch illegale Herstellung von Munition. In dem aktuellen Kampf um die Steuerleistung hat der Parteitag klar gefordert: Hände weg von den Hungerlöhnen der Proletarier, heran an den Fleiß, heran an die Schwerte. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben in den Bemühungen der rechtssozialistischen Partei, Feuer und Wasser, Proletariat und Bourgeoisie zu vereinen, Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien zu treiben, die verhängnisvolle Ursache der proletarischen Ohnmacht unserer Tage scharf und klar nachgewiesen, wir haben untererleutet erklärt: wir lehnen die Koalitionspolitik ab. (Ermühter Beifall.) Wir haben die Politik der Arbeitern in allen Ländern demagogiert als das Hauptergebnis, das sich der Einigung des Proletariats in den Weg stellt, und wir haben gefordert: Einheitsfront des Proletariats im Tageskampf als Vorstufe einer endlichen Einigung. (Beifall.)

Der Parteitag hat sich in energischen Protestkundgebungen gewandt gegen die französischen Revanchegedanken und gegen die Abtrennungsgedanken im Westen, gegen die Reaktion in Polen, gegen die Auslieferung politisch Verfolgter an das reaktionäre Spanien, gegen die barbarische Behandlung politischer Gefangener in Sowjetrußland. Die großen Probleme der Weltpolitik haben ihre Erörterung im sozialistischen Geiste gefunden. Gleichgültig haben wir uns auf das lebhafteste mit der internationalen Organisation des revolutionären Proletariats beschäftigt. Fürwahr, Parteigenossen, wenn wir so ganz knapp und kurz Rezitieren die Arbeiten des Parteitag in den vier Tagen an uns vorüberziehen lassen, so laube ich, daß wir vor unseren Parteigenossen, wenn wir nach Hause kommen, bestehen können. (Lebhafter Beifall.) Wir haben die Freude und die Ehre gehabt, bei unseren Verhandlungen zahlreiche Vertreter ausländischer Bruderparteien in unserer Mitte zu sehen, und wir haben dadurch vor dem In- und Auslande, vor Freund und Feind bewiesen können,

welch hohes moralisches und politisches Ansehen die U.S.P. in der proletarischen revolutionären Internationale besitzt.

Wir sprechen unseren ausländischen Gästen nochmals unseren aufrichtigsten Dank aus für ihre Anteilnahme und Mitwirkung bei unseren Verhandlungen, die dadurch ein ganz besonderes internationales Gepräge erhalten haben.

In einem großen Manifest an das Proletariat haben wir die Antwort gegeben auf alle längsten Fragen: wir haben in diesem Manifest zusammengefaßt unsere Anschauungen, die das Proletariat national und international im Klassenkampf führen muß und wir haben ihnen zugerufen: Proletarier Deutschlands, Proletarier aller Länder vereint euch! Dieses Manifest sei leit die Grundtöne unserer kommenden öffentlichen Tätigkeit. Mit diesem Manifest geht hinaus ins Land, wie einst die Proletarier mit dem Manifest und predigt mit Neuerungen über das Sozialismus. Jetzt den Massen, daß allein der Sozialismus der Rettungskern ist, der uns aus der kapitalistischen Knechtschaft hinwegführen kann. Laßt uns hochgemut und laßt uns heilig die Kraft wieder hineinsehen in den Kampf draußen im Lande.

Parteigenossen! Vorwärts und durch! (Lebhafter Beifall und Handklopfen.) Es lebe die U.S.P.D., es lebe der revolutionäre internationale Sozialismus! (Die Versammlung stimmt begeistert in ein dreifaches Hoch ein und läßt die Internationale.) Genosse Dittmann erklärt hierauf den Parteitag für geschlossen.

INVENTUR-VERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

„Was wir bieten“

Ku zwaren	Handarbeiten	Parfümerien	B'jouterie
Baumwollband schwarz, weiss, 31 cm 3 u. 5 m, St. 145	Kreuzstichquadrate vor. 125 225	Doppelriegel Kernseite 475	Zigaretten-Etois aus Holz, Stück 95 Pt.
Miederband schwarz, weiss, Meter 200	Kreuzstichkissen vorgeseh. 1675	Oberschalseife ca. 250 Gramm 595	Einzelne Nachenkämme 95 Pt. 190
Glatte Gummiband 2 cm breit, 3 cm hoch, 1 St. = 1/2 m 250	Tabletdeckchen vorgeseh. 350	Toil.-Seife garant. rein 295 595 745	Frisierkämme 190 290 390
Schnürsenkel lange, Restbestände 8 Paar 290	Perlgarn 125	Mundwasser 625 925	Staubkämme 95 Pt. 190
Strumpfhäuter für Damen, gutes Gummiband, Paar 425	Seide für Krawatten 975	Zahnbürsten 395 495 595	Sortiment Broschen, Recken, Nadeln usw., Stück 75 Pt. 175
Druckknöpfe rostfrei, lackiert u. versilbert, Dutzend 65 Pt.	Stopfwolle auf Karton, schwarz, grau, braun, Stück 125	Kopfbürsten 645 845	Zigarr.-u. Zigarett.-Spitzen echt Weichsel, Stück 25 Pt.

Rauchtisch Eiche, mit Glasschr., geh. Metallpl., 60 cm Ø **425⁰⁰**

Brotkorb stark versilbert, ca. 33 cm lang **42⁵⁰**

Sonnabend Schlusstag des Inventur-Verkaufs

Besteckkorb Metall stark versilbert, 2teilig, mit Henkel **37⁵⁰**

Rauchservice grau Eisen, 4teilig **45⁰⁰**

HERMANN TIETZ

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr: Der fahrende Schlarbaum des Teufels. Der gestiefelte Kater

Neues Volkstheater
Abend 8 Uhr: Die Zauberhexe

Staatstheater
Abend 8 Uhr: Die Zauberhexe

Walnet-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr: Spitzentönigin

Walhalla-Theater
11 Uhr: Die Mondweindame

Theater des Ostens (Rosa-Theater)
7 1/2 Uhr: Verlorenes Glück (Operette)

Casino Theater
7 1/2 Uhr: Der Weg zum Glück (Operette)

Apollotheater
Friedrichstraße 21
Gr. Variete-Operette
Rund um die Welt (Operette)

Residenz-Rasino
Blumenstraße 10
Das Paradies der Witwenballe

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue

Prinzessin Olala
Emma Sturm, Ralph Wirth, Roberts, H. Riper, Wally Koch

Romische Oper
7 1/2 abendlich 7 1/2
Die große Aufführung: Operetten-Revue Der Herr der Welt

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Das weiße Land

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr: Elga

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr: Jaqueline

Theater am Kolonnenplatz
7 1/2 Uhr: Die Ehe im Kreise

Auf Teilzahlung

sehr preiswert
große Auswahl
moderner

Anzüge
Schlüpfer
Ulster
Paletots
Cutaways
gestr. Hosen
Damen-Mäntel
Kostüme
Kleider
Rüde

H. Tyra & Co.
Bensselstraße 20

Bequeme
Abzahlung

Gewerkschaftshaus

50 16, Engelufer 25 - Oek. Dir. M. Schröder
Fernspr.: Mpl. 8641

Täglich
Sebed 12 Mart Gr. Mittagstisch 12 Mart Sebed

Jeden Freitag Schlachtfest
Spez.: Fr. Blut- und Leberwurst mit Sauertohl

Täglich Ausschank Schultheiß-Patenhofer Urbock

Rapitan Nr. 4. das Stück
Rautabaf verkauft, feine, weiche, weiche wie Jagen herab, mit, daß das

Vertik, Nichtenberger Str. 22 (Tel. - Ref. 3881)

Parzellen
in Heiligensee
bei Tegernsee, sehr gut, Boden, geringe Anzahl.

Geld
für jed. Verfall, höchste Ankaufspreise für Pfandbriefe, Prämien, Gold, Silber, Kupfer, Zinn, Eisen, etc.

Letzte Woche

Ausverkauf

Wir heben besonders hervor

Kamelhaarstoff-Schlüpfer dicke Filz- u. Ledersohlen, 24, gute Qualität, Gr. 31-35 **24,-**

Leder-Hausschuhe mit guter Ledersohle und Fleck mit warmem Filzfutter, für Straße und Haus **69,-**

Damen-Spannenschuhe schwarz in R.-Chevreau- und Chromleder, feiner moderner Strassenschuh **139,-**

Damen-Schnürstiefel echt Chevreau, Lackkappe Derbyschnitt, sehr elegant u. preiswert, bis Gr. 39 **169,-**

Herren-Schnürstiefel Leder, beste Ledersohlen, echte Kappen, zuverl. Fabrikat, Gelegenheitskauf **189,-**

Damen-Schnürschuhe schwarz echt Chevreau, rahmengenäh, modern u. eleg., Gelegenheitskauf **198,-**

Damen-Hochschaffstiefel schwarz prima Doxkali, neue spitze Form, verdeckt, Oasen, angeschlossen, preiswert **298,-**

Preis

Zur Aufklärung!

(Interessiert Rassenmitglieder, Privatpatienten und Aerzte).

Um der Verbreitung falscher Gerüchte vorzubeugen, welche unsere Interessen und uns schädigen, teilen wir Ihnen hierdurch mit, daß das

Diagnostische Institut des Verbandes der Krankenkassen Groß-Berlins

amir hat

Diagnostische Institut Dr. Koenigsberger
(Laboratorium für private medizinische Untersuchungen)

beide Bldsch. 12, am Hölzerischen Tor, geöffnet: montags 9-7, samstags 9-2 unverändert fortbestehen und nicht geschlossen werden sind. Geöffnet ist lediglich das Röntgenlaboratorium und Röntgenstrahl Dr. Silberberg, welches in demselben Hause Bldsch. Nr. 12 befindet.

Dr. Felix Koenigsberger
Chirurg des Diagnostischen Instituts.

Billig

Rüde, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider

STRELOW
Troskowerstr. 21 am Wörtherplatz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Pionierstr. 83-85
Telephon Amt Norden Nr. 833-838

Am Sonntag, den 15. Januar 1922, sonntags 9 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17-18

Branchenversammlung
der Eisens, Revolverdreher, Dreherinnen sowie Rundschleifer

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu den Maßnahmen der Hansa-schwerer (Einführung des Zeitabrechnungssystems).
2. Diskussion.
3. Beschluß.

Die Kommissionsmitglieder bitten sich um 8 1/2 Uhr im Lokal von Hummel.

Führung! Schmiede Aktion!

Am Sonntag, den 15. Januar 1922, sonntags 9 1/2 Uhr, in den Neißens-Sälen, Landberger Straße 31

Versammlung
sämtlicher im D. M. V. organisierten Schmiede, Hammer, Pressen und Kranführer, welche im S. V. M. J. betrieben beschäftigt sind.

Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung

Ziehung vom 26. bis 31. Januar

Freiburger Münster-Geld-Lotterie
60000 Lose, 26671 Gewinnlose, zusammen **Eine Million Mark**

Hauptgewinne bar ohne Abzug:

150 000 M.
100 000 M.
75 000 M.
50 000 M.

Freiburger Münster-Lose 6 M.
Porto und Liste 3 M. extra

Lud. Müller & Co.
10, in C 10, Jerusalemstr. 15
Lose überall erhältlich

Rotenirauen sofort gesucht

Meldungen
Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
sowie in allen Expeditionen der „Freiheit“.

Gadisten bei der Schupo

Unerhörte Uebergriffe von Polizeiorganen / Grundlos verhaftet und mißhandelt

Es vergeht kaum ein Tag, an dem uns nicht Nachrichten über Ausschreitungen von Polizeibeamten zugehen. Immer wieder werden uns Fälle gemeldet, in denen es sich um ungelegliche Uebergriffe, brutale und barbarische Mißhandlungen, ja, geradezu krankhaft sadistische Akte handelt. Alle Verurtheilte, Abhilfe zu schaffen, laufen sich an den Widerständen des amtlichen Apparats auf. Wird Anzeige erstattet, so ergibt die Untersuchung regelmäßig ein für die beteiligten Beamten günstiges Resultat, da ihren Ablehnungsversuchen nach altem Brauche eine größere Beweislast und Glaubwürdigkeit beigegeben wird als den Aussagen der bedauernswerten Opfer.

Wiederholt haben wir selbst die Probe auf das Exempel gemacht, zumal uns von Seiten des Kommandos der Schupo in aller Form zugesichert worden war, daß für eine einwandfreie Klärung der von uns zur Sprache gebrachten Fälle gesorgt werden würde. Herr Major Heller hatte die besondere Lebenswürdigkeit in diesem Sinne persönlich bei uns zu intervenieren, und versprach uns im Namen seines Chefs, des Kommandeurs der Schupo, Oberst Kanpisch, das denkbar schönste und beste. Wir hätten uns allerdings gern auch mit weit weniger Lebenswürdigkeit begnügt, wenn dafür die gegebenen Zusagen nicht nur der Form nach, sondern auch der Sache nach gehalten worden wären, und wenn vor allen Dingen durch geeignete Maßnahmen der Wiederholung ähnlicher Fälle hinreichend vorgebeugt worden wäre.

Nachstehend unterbreiten wir der Öffentlichkeit einen besonders traffen Fall, der an die schlimmsten Auswüchse der zaristischen Anulenwirtschaft erinnert. Er betrifft einen in vorgerückten Jahren stehenden Tischlermeister W. B., der, ein hoher Fünfziger, von allen Seiten als ruhiger, zuverlässiger und glaubwürdiger Charakter geschätzt wird. Er lebt von seiner Frau getrennt, da diese ihn verlassen hat, und liegt zur Zeit in Scheidung mit ihr. Der Umstand nun, daß das Gericht die von der Frau angelegte Alimentationsklage abgewiesen hat, hat offenbar der Frau den Wunsch eingegeben, dem Manne etwas anzutun. Als er dieser Tage in gewohnter Weise einen Nachmittagsbesuch bei seinem Freunde machte, erschien plötzlich die Frau in Begleitung eines Polizeibeamten, der den Mann verhaftete. Trotz wiederholter Fragen erhielt er keine Auskunft über den Grund seiner Verhaftung und wurde unter Anwendung von roher Gewalt zur Wache im Rathaus Reinholdsdorf geschleppt, wobei ihm fast ein Arm ausgerenkt wurde. Auch auf der Wache erfuhr er nicht, warum er verhaftet worden war. Dafür stürzte sich sein Transportkar mit geschwungenem Gummiknüppel auf ihn und bearbeitete ihn gemeinsam mit dem Wachthabenden so lange, bis er kein Glied mehr rühren konnte, worauf er in ein enges Loch gesperrt und darin etwa eine Stunde lang festgehalten wurde. Dann wollten ihn die Beiden laufen lassen. Als er jedoch wieder nach dem Grund seiner Verhaftung und nach den Personalien seines Peiniger fragte, wurde er nach neuen Mißhandlungen nochmals eingesperrt, diesmal für etwas längere Dauer. Auf die mit höflicher Betonung vorgebrachte Frage, ob er sich vielleicht noch immer beschweren wolle, zog W. begreiflicherweise vor, mit Nein zu antworten, um weiteren Mißhandlungen zu entgehen. Ein Protokoll wurde nicht mit ihm aufgenommen.

Die unmittelbar darauf vorgenommene ärztliche Untersuchung ergab folgenden Befund:

Auf der Stirn, hart über der linken Augenbraue befindet sich eine 50 Pfennigstück große Beule, auf welcher ungleichmäßige Hautsprengungen liegen, die z. T. mit frisch eingetrocknetem Blut bedeckt sind. An den Hinterbacken des Oberarmes sowie auf dem Hinterbecken befinden sich Striemen und Blutunterlaufungen (blaue Flecke). Auch im Nacken befindet sich ein Striemen, hart an der Haargrenze, etwa 3 Zentimeter unterhalb des Ohres, von einer Seite zur anderen laufend. Am linken Ende dieses Striemens, 2 Zentimeter unter dem Ohre, befindet sich eine lineare, unregelmäßig geränderte, mit frischem Blutstropf bedeckte Hautsprengung. Von den auf den Extremitäten befindlichen Striemen ist der größte mehr als

10 Zentimeter lang. Er zuckt bei Berührung zusammen. Es hat den Anschein, als wenn auch der Rücken unter Mißhandlung gestanden hat. Ich halte das Hervortreten der Folgen an dieser Stelle für morgen oder übermorgen noch für wahrscheinlich. (gez. Dr. S., Sanitätsrat, Medizinalpraktikant.)

Ob besondere Zusammenhänge zwischen der Frau des B. und den beteiligten Polizisten bestehen, ist uns nicht bekannt, spielt aber auch keine wesentliche Rolle. Entscheidend ist, daß er ohne jeden Grund, ja, selbst ohne Angabe eines Scheingrundes, verhaftet worden und abends in der niederträchtigsten Weise mißhandelt und der Freiheit beraubt worden ist.

Wir sind durchaus darauf gefaßt, daß die zwei uniformierten Gadisten nach berühmtem Muster jetzt alles in Abrede stellen werden. Aber wenn die zuständigen Stellen auch noch so große Reue haben sollten, auf Grund ihrer „übereinstimmenden“ Aussagen die Sache niederzuschlagen, so erklären wir schon jetzt, daß wir uns hierbei nicht beruhigen werden. Wir verlangen die klipp und klare Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum ist B. verhaftet worden?
2. Warum wurde ihm der Grund seiner Verhaftung nicht bekannt gegeben?
3. Mit welchem Recht wurde er a) bei der Verhaftung, b) auf der Wache mißhandelt?
4. Warum ist kein Protokoll mit ihm aufgenommen worden?
5. Warum und mit welchem Recht haben sich die zwei Beamten geweigert, Auskunft über ihre Personalien zu geben?
6. Was gedenkt das Kommando der Schupo zu tun, um solchen Rohlingen das Handwerk zu legen?
7. Was gedenkt der Herr Polizeipräsident zu tun, um das Kommando der Schupo hierzu zu veranlassen?
8. Welche Maßnahmen gedenkt Herr Minister Severing zu treffen, um die Ausbildung der Polizeibeamten endlich so zu gestalten, daß derartige Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich gemacht werden?

Wir beschränken uns im Augenblick darauf, diese Fragen zu formulieren. Diejenigen, die es angeht, mögen sich aber gelagert sein lassen, daß von ihrer Beantwortung mehr abhängt, als sie vielleicht glauben. So wie bisher geht es einfach nicht weiter. Der Fall B. ist kein Einzelfall, sondern typisch für die vollkommen seltsame Auffassung, die die Polizeiorganen von ihren Rechten und Pflichten haben. Hier liegt ein öffentlicher Skandal allerersten Ranges vor. Wehrlose Gefangene — ganz gleich, ob sie irgendeines Delikts oder Verbrechens verdächtig sind oder nicht — dürfen unter keinen Umständen mißhandelt werden, — grundlose Verhaftungen dürfen nicht erfolgen. Kam dergleichen unter dem alten Regime vor, so erscholl mit mathematischer Präzision von den Lippen derselben Männer, die heute mit der Verantwortung für diese unerhörten Zustände belastet sind, die Parole: „Nieder mit den Bluthunden!“ Freilich, damals waren sie simple Mitglieder der S. P. D., die ihrerseits eine revolutionäre Partei war. Biel Wasser floß seit damals die Spree hinab, und die Welt steht anders aus wenn man sie als sozialistischer Kampfgenosse, und anders, wenn man sie vom Amtssessel des Polizeipräsidenten oder gar von der Höhe eines Ministerkabinetts betrachtet. Trotzdem wollen wir hoffen, daß es nur dieser Erinnerung an eine bessere Vergangenheit bedarf, um die Herren Richter und Severing zu veranlassen, ihre Grundfrage von einst aus den unergründlichen Tiefen ihrer Amtstretors hervorzuholen und entsprechenden Gebrauch von ihnen zu machen. Es ist fünf Minuten vor Zwölf, meine Herren!

An die Mitglieder der Sozialistischen Proletarierjugend! Die ursprünglich für Sonntag geplante Demonstration an den Gebäuden von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht muß ausfallen. Dafür beteiligt sich die S. P. D. geschlossen an der großen internationalen Kundgebung der U. S. P. D. am Sonntag, den 15. Januar 1922, vorm. 11 Uhr. Ort und Treffpunkt werden noch bekanntgegeben. Alle Gruppen haben vollständig zu erscheinen.

Die Lebensmittelstreichungen in Schneberg. Wegen der Schneberger Lebensmittelstreichungen, über die wir im gestrigen Morgenblatt berichteten, sind bisher verhaftet worden der in den vierziger Jahren lebende Oberstadtschreiber Gustav Lange, der seit

Weihnachten in Untersuchungshaft ist, ferner die etwa 40jährige Hilfsangestellte Frau Anna Krebs und der Kaufmann Edmund Thalmann, der seine Stellung als Leiter der Schneberger Filiale eines großen Lebensmittel- und Kolonialwarenbetriebs dazu mißbraucht hat, um durch Vermittlung des Oberstadtschreibers Tausende von Zentnern Mehl und auch Zucker zu verschleiben. Die Hilfsangestellte Krebs hat sich an dem unlauteren Handel, der in den Jahren 1919 bis 1921 spielte, durch Entwenden von Brotkrumen beteiligt. Die Angelegenheit, der im Auftrage der Staatsanwaltschaft von Revisor Hanke und Oberstadtschreiber Bischoff von der Ueberwachungsstelle des Magistrats nachgegangen wird, dürfte noch sehr weite Kreise ziehen.

Frei Zubeil, der 74 jährige

In der Mittwoch-Sitzung des Parteitagess kündete ein prächtiges Blumenarrangement auf dem Blatte des Genossen Zubeil an, daß der Parteitag die Gelegenheit seines 74. Geburtstages nicht ohne Ehrung für den großen Kämpfer vorbeiziehen lassen wollte. Die Berlin-Brandenburgische Delegation in Verbindung mit den lebenswürdigen Leipziger Genossen aber taten noch ein übriges. Sie veranstalteten am Abend ein gemütliches Beisammensein in einem der prächtigen Säle des Palmengarten, der seit kurzer Zeit sich in der eigenen Verwaltung der Stadt befindet, einem unabhängigen Stadtrat untersteht und von dem früheren Dekonomen des Volkshauses geleitet wird.

So waren alle Voraussetzungen für ein paar gemütliche Stunden gegeben. Die Hoffnungen auf sie erfüllten sich auch. Die geschmackvolle Ausschmückung des Saales, in dem sich früher nur die obersten Spitzen der reichen Leipziger Bourgeoisie versammelt hatten, in Verbindung mit der allgemeinen Verehrung, die unserem alten Frei von allen Teilnehmern entgegengebracht wurde, hatten sofort eine äußerst gemütliche Stimmung geschaffen. Sie wurde erhöht durch einige teils ernste, teils heitere Lieder eines Leipziger Sängerkhore und durch Rezitationen eines Leipziger Künstlers.

Selbstverständlich durften auch die mehr oder weniger guten Reden nicht fehlen. Frei Seeger, Künstler, Crispian, Moses und Luise Ziegler feierten den alten Frei als den echten Sohn des Proletariats, den ewig schlichten, aufrechten Menschen. Wie nie, so blieb auch diesmal Frei die Antwort nicht schuldig, wehrte den reich gespendeten Dank ab und war nur traurig darüber, daß er, diese Ehrungen nicht ahnend, seine mit ihm seit 49 Jahren verbundene Lebensgefährtin nicht mit nach Leipzig gebracht habe.

Fast bis Mitternacht blieb jung und alt zusammen. Die Alten nicht minder froh als die Jungen, und von manchem Mitglied der Parteileitung geht jetzt die Sage, daß es durch kräftiges Schwingen des Tanzbeins den Beweis erbracht habe, daß man als Mitglied dieser Körperschaft nicht nur gut reden und schreiben kann, sondern auch gut tanzen.

Gelly de Rhenbt-Prozess

Verfalltermin im Neuen Theater am Zoo.

Dame Justitia war gestern in rosigter Stimmung. Sie richtete den großen Saal des Landwehrkasinos für einen richtiggeordneten „Radaabend“ am frühen Vormittag her, dessen moralischer Gehalt von einem hohen Gerichtshof geprüft werden sollte. Zwar trug der in der Mitte des Saales stehende Tisch der Gerichtsherren eine gewisse Nüchternheit in die Veranstaltung hinein. Aber im übrigen war die Stimmung der Anwesenden, die aus Angeklagten, Zeugen, Sachverständigen, Vertretern der Behörden und Vertretern der Presse bestanden (allen anderen war der Zutritt verboten), recht vergnügt. Sowohl die, die „Kergernis“ genommen hatten, wie auch jene, die sich dieses „Kergernis“ einmal anschauen wollten, harrten gespannt der Dinge, die da kommen sollten.

Nachdem alle gerichtlichen Formalitäten erledigt waren, wurde der Saal verdunkelt und mit der Vorführung der als „unzüchtig“ erklärten Filme begonnen. Sie boten nichts neues, da die in ihnen dargestellten Tänze seit etwa zwei Jahren unbeanstandet in den verschiedensten Varietés aufgeführt wurden. Nach kurzer Unterbrechung begann die Vorführung der Tänze. Die einen waren recht hübsch, die anderen minder, aber trotz der Mißbegleitung konnte keine rechte „Stimmung“ ankommen. Mühl und nüchtern erlebten die Tänzerinnen das ihnen auferlegte Penum, Mühl und nüchtern nahm das Publikum die Darbietungen entgegen.

Einen humoristischen Zwischenfall gab es, als unmittelbar nach einem Tanz, der in der Anlage besonders beanstandet worden war, einer der Zeugen, der Kergernis genommen hatte, katago-

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Häckl

Copyright 1921 in Geislein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(No. Fortsetzung)

Die armen Kinder in diesen Ländern können aus Mangel an Seife längst nicht mehr gewaschen werden und sind mit Ungeziefer bedeckt. Aus Mangel an Windeln sind sie in alte Zeitungen gewickelt, aus Mangel an Kleidung können sie nicht an die frische Luft gebracht werden. Sechzig Prozent von ihnen sind tuberkulös — diese Zahl ist in den Wiener Schulen festgestellt worden. Die Rachitis verunstaltet und verkrüppelt sie. Es gibt Millionen kleiner Wesen, die sich auf ihren skelettförmig abgemagerten Beinchen und geschwollenen Knien nicht halten können, deren zerbrechlicher Hals den Kopf nicht zu tragen vermag, deren Schultern sich wölben, deren Haut kaum die Rippen deckt. Aber nur ja kein Mitleid mit ihnen! Keine Milderung der Blockade ihretwegen! Verrecken müssen sie, damit sich die Eltern unserer wirtschaftlichen Forderungen fügen. Sie alle sollen nichts zu essen kriegen, bevor sie nicht Geld geschwitzt haben, Geld, Geld, viel mehr als sie haben. Und wenn einmal ein 7-jähriger gutberzig als Engländerinnen einige dieser Kinder, die sonst verhungert wären, zu sich nahmen, dann beschimpften sie die Zeitungen als elende Verräterinnen wegen ihrer Verhöhnung von Boshes'. Ihr, die ihr von Grausamkeiten spricht, was sagt ihr zu dieser, an der ihr durch eure Zustimmung mit schuldig seid? Die armen Kleinen kommen zur Welt mit reinen, verwunderten Augen, mit Kinderaugen, die bereit sind, das Leben in sich aufzunehmen! Sie strecken ihre unschuldigen Arme nach dem Halse der Mutter, wie sich die Arme einer Kinder nach euch ausstrecken... Aber nein! Schändliche Grausamkeit bestimmt das Geschick dieser Unglücklichen, verdammt sie, frühzeitig zu weilen, beraubt sie ihres blühenden Naches und behaftet sie mit sieben, gebrechlichen Gliedern. Sie müssen das Lächeln verlieren, lernen nur den Schrei: Mutter, mich hungert! diesen Schrei, durch den dort drüben zahllose ohnmächtige Mütter gemartert werden, diesen Schrei, den auch jetzt Tausende und aber Tausende Kinder ausstoßen, den ihr aber nicht hören wollt!

Réal schwieg. Auf allen Gesichtern begegnete er dem unbeeuglichen Entschlusse, sie nicht erweichen zu lassen, und Maxime Dupont fuhr ihn an:

„Laß uns doch in Ruhe mit deinen Geschichten, alter Knabe!“

Réal war verlezt, bestürzt. Hätte man noch vor einem Jahr gewagt, so zu ihm zu sprechen?

Duport sprach weiter:

„Die Boshes hätten ganz einfach nicht anfangen sollen. Und wir können uns nur über alles freuen, was sie durchzumachen haben. Das ganze deutsche Volk hat sich über alles gefreut, was uns angetan worden ist.“

„Haben wir uns 1914 nicht auch gefreut, als es hieß, das neue Gas erstickte die Feinde, die man zu Tausenden geschwärtzt, wie vom Bliß getroffen, noch in der Schützenstellung vorband?“

„Aber zum Teufel nochmal!“ brüllte Duport, „das war eben der Krieg — berechtigte Verteidigung. Daß die Boshes unerbittliche Feindschaft zwischen uns gefaßt haben, kommt, wie dir Coigny schon gesagt hat, von ihren zwecklosen Grausamkeiten, von ihren Verletzungen des Völkerrechts.“

„Wann denn? Wo denn?“

Die Damen Réal und Giraudet stießen einen Schrei der Erbitterung aus. Sie konnten es nicht ertragen, daß Réal mit solchem Gleichmut von den Nachgedanken sprach, mit denen die Franzosen durch Jahre gefestigt worden waren.

„Wann denn? Wo denn?“ ärzte ihm Duport nach. „Nun, zunächst das Bombenwerfen auf offene Städte. Du hast wohl St. Gervais und den Karfreitag vergessen?“

„Und du hast Karlsruhe vergessen“, verlegte Réal. „Ja, Karlsruhe und das Fronleichnamsfest! Achtzig Kinder ermordet!“

„Run erhob jeder seine Anklagen:“

- „Die Roheit gegen Frauen!“
- „Die Zerstörung der Gräber!“
- „Die Erledigung der Verwundeten!“
- „Die Vernichtung von Dörfern und Herden!“
- „Das Wegtreiben von Kindern!“
- „Das Schließen auf Krankenwagen!“
- „Der Mißbrauch der weißen Fahne!“
- „Ja“, jetzte Giraudet, wobei seine kurzen Arme wie Füllgel klatterten, „all das werden wir unseren Kinder immer und immer wiederholen, um sie zum Haß gegen die Boshes zu erziehen. All das werden wir niemals vergessen.“

„Also“, meinte Réal trocken, „ihr werdet das deutsche Volk immer hassen wegen der Verbrechen, die seine Soldaten begangen haben sollen?“

Zum erstenmal erzielte er Zustimmung.

„Und ich nehme an, wenn ein anderes Volk dasselbe begangen hat, werdet ihr es hassen, wie ihr das deutsche hasset? Ihr denkt doch logisch?“

„Welches Volk?“

„Die Engländer vor nicht mehr als zwanzig Jahren in Transvaal.“

Duport zuckte die Achseln.

„Laß es gut sein. Die Engländer sind etwas hart. Was sie wollen, führen sie durch. Aber sie sind weder unzuverlässig noch unmenschlich.“

„Ich kann dir das Gegenteil beweisen.“

„Also leg' los!“ forderte ihn Duport ungezogen, mit gekreuzten Armen auf.

„Nein, jetzt nicht. Ich werde dir mit Tatsachen und Quellen dienen, und zwar schriftlich.“

„Sehr schön. Herr Réal greift die Engländer an. Gang in der Ordnung.“

„Ich greife niemand an. Ich verwarne mich gegen jeden Verdacht der Geringschätzung eines Nachbarvolks, dessen Scharfsinn und starker Wille uns vorbildlich sein müßten. Ich möchte nur bewirken, daß dieser Gedanke in den Hirnen weg greift: die deutschen Grausamkeiten haben nichts, was in Wesen deutsch ist, es sind Kriegsgrausamkeiten. Und das Mittel, daß sie sich nicht wiederholen, liegt nicht in der Verabschueung Deutschlands, sondern in der Verabschueung des Krieges. Eure Methode des Anklagens verweigert die alle Gehässigkeit und schafft Vorwände für neue Kriege...“

In diesem Augenblick traten Herr und Frau Velleter ein. Ihr Erscheinen unterbrach das Wortgeflecht. Die beiden Bridgetische begannen ihre Tätigkeit. Aber selbst während des Spieles machte sich der Mangel an Heiterkeit bemerkbar. Man trennte sich früher als gewöhnlich.

Es regnete. Coigny, der Frau Réal führte, und Réal, der hinterhertrötete, suchten ein Auto. Ihre drei Schichten zeichneten sich auf dem nassen Boden im fargen Licht der Straßenlaternen. Endlich gelang es ihnen, einen Fahrer anzurufen, der bereit war, sie aufzunehmen.

Im Wagen blieben sie zunächst schweigend. Frau Réal war schon oft unzufrieden mit ihrem Mann gewesen. Aber heute hatte er wirklich die Grenzen der Vernunft überschritten.

„Hat dir der Abend gefallen?“ fragte sie angriffslos.

„So ziemlich.“

„Du bist nicht schwer zu befriedigen.“

(Fortsetzung folgt.)

